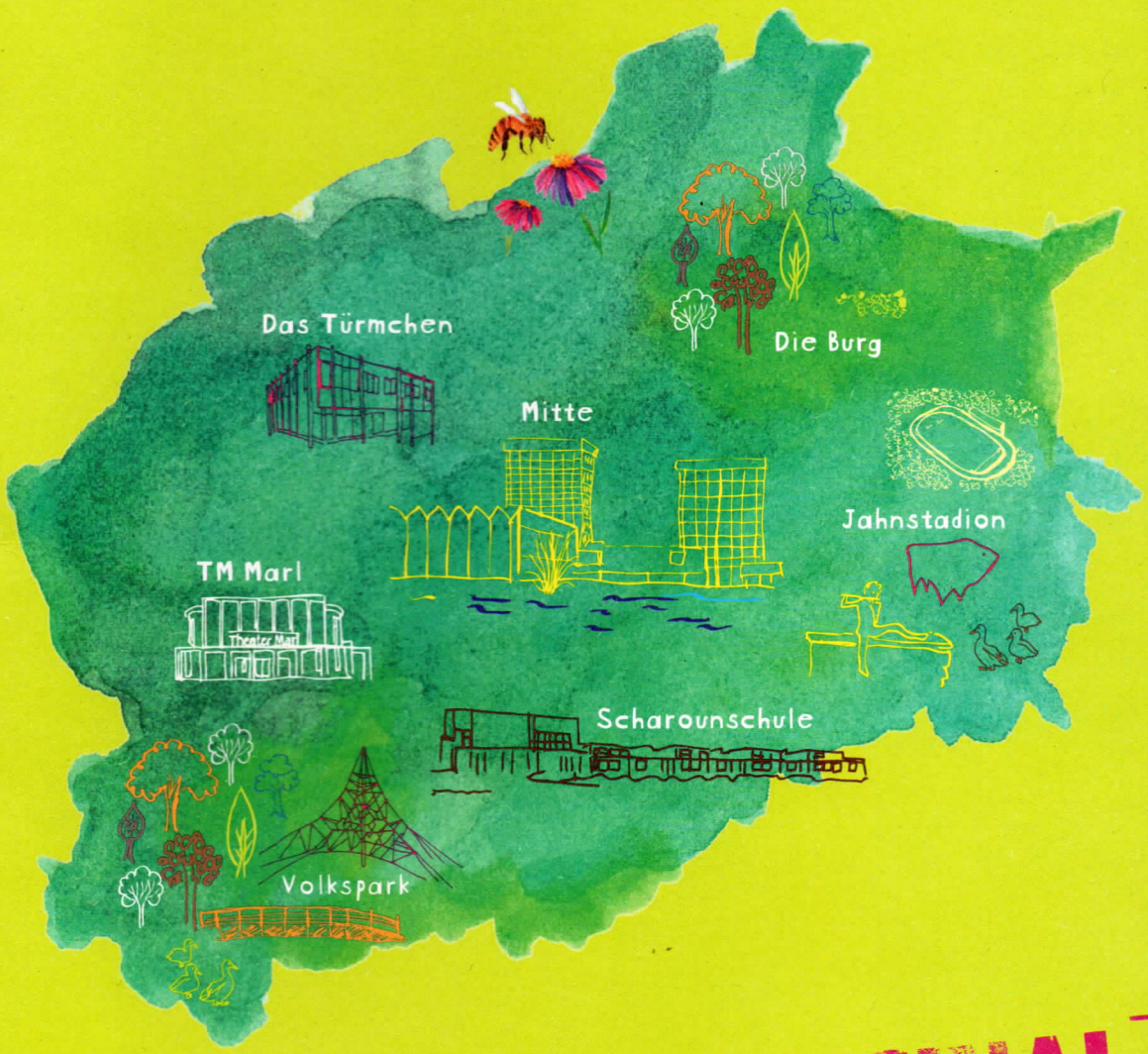
Wahlprogramm



[WÄHL DAS ORIGINAL]

Wählergemeinschaft

DIE GRÜNEN MARL

KOHLE ST
veRWErflich
#HambiBleibt
HAMBI BLEIBT
GRÜNKOHL
anstatt
BRAUNKOHLE
Marville
GRAND Co
1972

Inhaltsverzeichnis

5 An die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Marl

6 Unsere Sicht der Lage Marls

7 Raumplanung

8 Verkehrspolitik

10 Ökologie

12 Kinder- und Jugendpolitik

14 Schulpolitik

17 Schulsozialarbeit

18 Sozialpolitik

20 Frauenpolitik

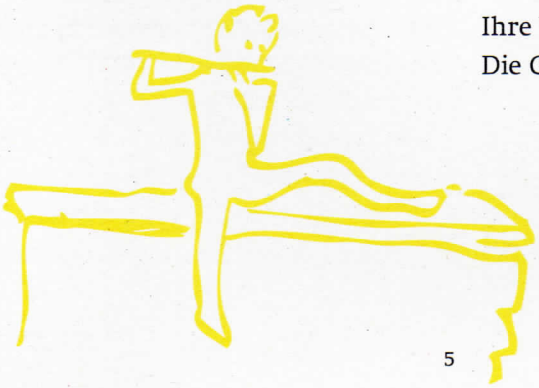
22 Kulturpolitik

24 Sportpolitik

Liebe Marler Bürgerinnen und Bürger,

seit der Gründung der Wählergemeinschaft Die Grünen Marl im September 1978 ist unsere Fraktion ununterbrochen seit 1979 für die Marler BürgerInnen im Rat der Stadt vertreten.
Nach der Abspaltung einer kleinen Gruppe ehemaliger Mitglieder (jetzt B90/Die Grünen) wurde unsere Stellung als eigenständige politische Gruppierung vom Oberlandesgericht in Hamm im Jahr 2013 bestätigt. Nach diesem Urteil ist die Wählergemeinschaft Die Grünen als grünes Original in Marl anerkannt.
Wir, die Wählergemeinschaft Die Grünen, setzen uns seit 40 Jahren für den Umweltschutz in Marl ein. Wir waren 2019 maßgeblich daran beteiligt, dass für Marl der Klimanotstand ausgerufen wurde. Das heißt, dass bei jeder Entscheidung im Rat die Auswirkungen auf die Umwelt berücksichtigt werden müssen.
Neben Ökologie und Umweltschutz setzen wir uns verlässlich für eine gute Integration aller in Marl lebenden Menschen ein. Seit 40 Jahren können sich die BürgerInnen der Stadt Marl darauf verlassen, dass wir einen nennenswerten und umsichtigen Beitrag zum friedvollen und gleichberechtigten Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger von Marl politisch mitgestalten.
Eine ausgewogene Siedlungs- und Verkehrspolitik, in der alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt sind, ist ein wesentliches Ziel. So können Sie sicher sein, dass wir für ein modernes, zeitgemäßes und ökologisch verträgliches Mobilitätskonzept eintreten. Dabei unterstützen wir viele Bürgerinitiativen und fühlen uns ihrer Ziele verpflichtet bei der politischen Umsetzung im Rat der Stadt Marl.
Für das kulturelle Profil der Stadt Marl setzen wir uns ein. Marl ist die Wiege der Volkshochschule und die Marler Architektur der „Ruhrmoderne“ strahlt weit über die Stadtgrenze hinaus.
Seien Sie sicher, dass wir unsere 40jährige Erfahrung auch weiterhin zum Wohl der Stadt und ihrer Menschen einbringen werden.
Wir bleiben weiterhin unbequem und transparent, engagiert und fachlich kompetent mit einem stets offenen Ohr für die Bürgerinnen und Bürger.

Ihre Wählergemeinschaft
Die Grünen Marl



Unsere Sicht der Lage Marls

Bergbau und Chemie haben die Geschichte und das Gesicht unserer Stadt entscheidend geprägt. Im Laufe der letzten Jahre ist das Arbeitsplatzangebot in beiden Bereichen geschrumpft, so dass die Dominanz industrieller Arbeitsplätze immer weiter zurückgegangen ist. Ebenso wie in den Nachbarstädten ist ein kontinuierlicher Abwärtstrend zu erkennen, der als Deindustrialisierung bezeichnet werden kann. Mit dem Ende des Bergbaus und der Schließung von Auguste Victoria ist es zu einem weiteren spürbaren Verlust von Arbeits- und Ausbildungsplätzen gekommen.
Seit vielen Jahren ist die Arbeitslosenquote in Marl zweistellig, wobei die rund 2.000 Langzeitarbeitslosen einen nahezu konstanten Anteil bilden. Da es sich dabei in aller Regel um gering qualifizierte Personen handelt, kann man von einem erkennbaren Bildungs- bzw. Ausbildungsdefizit ausgehen. Die Vielzahl der Arbeitslosen bringt einen hohen Anteil an Sozialhilfekosten mit sich.

Im Zuge des demographischen Wandels und des abnehmenden Arbeitsangebots zeichnet sich in unserer Stadt für die kommenden Jahre ein sich weiter fortsetzender Bevölkerungsrückgang ab.
Die seit Jahren defizitäre Haushaltslage und vor allem die Einschränkungen, die sich im Zusammenhang mit dem sogenannten Stärkungspakt (noch bis 2021) auch in Zukunft noch ergeben werden, führten und führen auch zukünftig zu einem Abbau von Personal und Dienstleistungen bei der Stadt Marl, was die Attraktivität der Stadt senkt.
Mit der Aufstellung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) ist der Rat endlich den jahrelangen Forderungen der Wählergemeinschaft Die Grünen nachgekommen, eine Handlungsrichtlinie für eine zielgerichtete Stadtentwicklung zu entwerfen.

Raumplanung

Das Marler Stadtgebiet, geprägt durch eine ursprünglich dörfliche Struktur, dokumentiert sich bis auf den heutigen Tag in den Stadtteilbezeichnungen. Dementsprechend haben sich die einzelnen Stadtteile auch als Lebenszentren der Einwohnerschaft entwickelt. Die erst sehr spät künstlich geschaffene Stadtmitte hat nicht zu einer allgemeinen Identifizierung der Bevölkerung mit Marl als Stadt geführt. Im Laufe der Jahre haben sich neben der Stadtmitte die Ortsteile Brassert und Hüls als Subzentren herausgebildet. Die übrigen Stadtteile existieren im Bewusstsein der Bevölkerung zwar als Identifikationspunkte, spielen aber unter infrastrukturellen Gesichtspunkten keine entscheidende Rolle.
Nach dem ISEK liegt ein Handlungsschwerpunkt auf einer als Weiterentwicklung dargestellten Stadtmitte. Danach steht die Rathaussanierung im Mittelpunkt einhergehend mit einer Neukonzeption des Marler Sterns, einer Umwandlung bisheriger Freiflächen durch Wohnungsbau, neue Straßenführungen und einer Verlagerung von Bildungs- und Kultureinrichtungen in eine ehemalige Hauptschule (Marschall 66).
Für die einzelnen Stadtteile werden eigene Schwerpunkte und Entwicklungsziele formuliert. Die Grundkonzeption künftiger Stadtentwicklung wird von uns unterstützt. Wir bemängeln jedoch Fehlentwicklungen in der konkreten Durchführung. So hat z.B. die Umwandlung des Marler Sterns dazu geführt, dass die Verwaltung und die politische Mehrheit durch Formulierungen im ISEK und der nachfolgenden kritiklosen Zustimmung einem Investor in all seinen Forderungen entgegengekommen ist, was zu tiefgreifenden Änderungen der ursprünglichen Stadtmittestruktur geführt hat und auch weiterhin führen wird.
Im ISEK sind die Schwerpunktbildungen für die Stadtteile zwar formuliert, ihre Realisierung bereitet jedoch Probleme.
So droht die für die Stadtteile Hüls und Lenkerbeck geplante Verbindung zur Halde Brinkfortsheide als Naherholungsraum an den Plänen der Landesregierung (Abfalldeponie) zu scheitern. Der Stadtteil Alt-Marl leidet unter erheblichem LKW-Durchgangsverkehr als Folge überzogener Ansiedlung von Logistik-Unternehmen im Grenzbereich von Marl/Dorsten. Schon vollzogene und weiterhin geplante Logistik-Standorte nehmen nicht nur große Flächen in Anspruch, sondern bringen mit zunehmendem LKW-Verkehr neue Umweltbelastungen mit sich (Metro-Logistik, Gate-Ruhr).
Trotz der Ratsentscheidung, für die Stadt den Klimanotstand zu erklären, werden auch weiterhin ökologisch bedenkliche Gewerbe- und Baugebiete ausgewiesen (Jahnstadion-Bebauung, Stübbenfeld, ehemaliges Hallenbadgelände, Sickingmühle).

Wir fordern:

- Flächenschonende Stadtentwicklung
- Erhalt und Erschließung von Freiräumen
- Keine neuen Wohngebiete und Gewerbegebiete auf
- bisherigen Frei- und Grünflächen
- Entwicklung einzelner Stadtteile und Wohnquartiere

Verkehrspolitik

Die Verkehrssituation in Marl wird geprägt durch die durchgängige Straßenverbindung von Sinsen über die Stadtmitte bis nach Polsum (Ost-West-Achse). In Nord-Süd-Richtung verlaufen als Hauptverkehrsstraßen mit Durchgangsverkehr die Dorstener Straße (B 225), die Brassertstraße, die Rappaportstraße/Herzlia Allee, die Carl-Duisberg-Straße/Otto-Wels-Straße/Hülsstraße und die Halterner Straße (alte B 51). Im Osten der Stadt verläuft die A 43, im Norden die A 52. Die restlichen Straßen nehmen fast ausschließlich nur Quellverkehre auf.

Ziel grüner Verkehrspolitik ist die flächendeckende Einführung von Tempo 30 auf allen städtischen Straßen. Abweichungen von dieser Regelung werden gesondert angezeigt (z.B. auf ausgewählten Abschnitten von Durchgangsstraßen).

Verkehrsplanung berücksichtigt nicht allein den motorisierten Verkehr, sondern geht grundsätzlich von der Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer aus. Deshalb sind die Pflege und der Ausbau des Radwegenetzes ebenso wichtig wie die Sanierung der Straßen. Der Verlust des Titels „Fahrradfreundliche Stadt" ist das Ergebnis einer unverantwortlichen Vernachlässigung.

Im Rahmen der Neuaufstellung des sogenannten Mobilitätskonzeptes als Ersatz für den bisherigen Verkehrsentwicklungsplan ist erkennbar, dass sich bei rückläufiger Einwohnerzahl der Anteil des motorisierten Individualverkehrs verringert, der Anteil des LKW-Verkehrs jedoch zunimmt. Dies ist eine Folge der Ausweitung der Logistikstandorte innerhalb des Marler Stadtgebietes.

Der Verkehrslandeplatz Loemühle hat verkehrstechnisch nahezu keine Bedeutung. Seit der Privatisierung haben aus Gründen der Rentabilität die Freizeitfliegerei und die damit zusammenhängenden Aktivitäten zugenommen.

Die Wählergemeinschaft Die Grünen fordert seit geraumer Zeit die Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Flugplatzbereich, um den Bürgern die Möglichkeit einer Mitsprache zu geben. Die beiden großen Fraktionen sowie FDP und BUM haben sich bisher geweigert, eine Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Solange der Bürgerschaft und der Politik eine Einflussnahme auf die Entwicklung des Verkehrslandeplatzes durch die politischen Mehrheiten verweigert wird, wird sich die Wählergemeinschaft Die Grünen auch weiterhin für die Schließung des Platzes einsetzen.

Wir fordern:

- Flächendeckend Tempo 30
- Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer
- Bürgerbeteiligung beim Verkehrslandeplatz Loemühle
- Keine weitere Ausdünnung des Öffentlichen Nahverkehrs
- Aufstellen einer zeitnahen Verkehrsentwicklungsplanung mit deutlicher Reduzierung des motorisierten Verkehrs
- Wiedererlangung des Titels „Fahrradfreundliche Stadt"

Ökologie

Marl verfügt über zwei großräumige Naturschutzgebiete, das Waldgebiet „Die Burg“ und die „Lippeauen“. Beide stehen in einem Dauerkonflikt mit benachbarten Nutzungen. „Die Burg“ wird beeinträchtigt durch den Verkehrslandeplatz Loemühle und die „Lippeauen“ durch den angrenzenden Chemiepark.

Die beiden Parkanlagen der Stadt, der Volkspark und der Gänsebrink, präsentieren sich in einem sehr unterschiedlichen Zustand: Während der Volkspark „durchsaniert“ ist, bietet der Gänsebrink ein insgesamt trauriges Bild. Die Wege und der Grünbestand sind ungepflegt, der kleine Teich fault seit vielen Jahren vor sich hin, weil es augenscheinlich nicht gelingt, den Loemühlenbach mit seiner Frischwasserzufuhr zu nutzen. Seit Jahrzehnten reklamieren wir hier eine Sanierung.

In den beiden großen Waldgebieten des Arenbergischen Forstes und der Matena sollte das Wegenetz benutzerfreundlich ausgebaut werden, um den Charakter eines wirklichen Naherholungsgebietes zu unterstützen.

Von einer angesichts des Klimawandels dringend notwendigen Ausrichtung der Stadtpolitik auf den ökologischen Bestand im Stadtgebiet ist bislang wenig zu erkennen. So hat eine städtische Mitwirkung an der Lokalen Agenda 21 kontinuierlich abgenommen. Selbst die Teilnahme am European Energy Award (eea), einem europäischen Qualifizierungswettbewerb zur Reduzierung von CO2-Emissionen, wird trotz öffentlicher Förderung und ursprünglich einstimmiger Zustimmung des Rates nur noch halbherzig wahrgenommen. Insgesamt nimmt die Umweltthematik in der Marler Politik einen viel zu geringen Raum ein. Unter dem Druck der immer deutlicher werdenden Folgen des Klimawandels scheint sich eine Korrektur anzubahnen. Von einer konkreten Umsetzung sind wir jedoch immer noch weit entfernt.

Die mangelnde Unterstützung der Umweltpolitik durch die politischen Mehrheiten und die Verwaltung machen mehr denn je unsere Mitwirkung an der Stadtentwicklungspolitik notwendig.

Die Wählergemeinschaft Die Grünen hat sich in der Vergangenheit erfolgreich für die Unterschutzstellung des Naturschutzgebietes „Die Burg“ eingesetzt und hat entscheidend daran mitgewirkt, dass auf breiter Ebene Kohlekraftwerke umgerüstet wurden. Sie hat die notwendigen Impulse für das inzwischen auf Kreisebene erfolgreiche Öko-Profit-Projekt genauso gegeben wie den Impuls für die Teilnahme am eea und die damit zusammenhängende Aufstellung eines Umweltprogramms und dessen Begleitung durch vom Bund geförderte Sonderprojekte (Energie-Check öffentlicher Gebäude, Klimaschutzprogramm in Schulen und Kindergärten).

Aufgrund der zunehmenden Missachtung ökologischer Aspekte fordert die Wählergemeinschaft Die Grünen einen noch stärkeren Einsatz für Umweltbelange. Der in der Vergangenheit und auch aktuell zu beobachtende Trend, Baugebiete im rein wirtschaftlichen Interesse von Investoren

Insektenfreundliche Bepflanzung am Loemühlenbachtal

auszuweisen (z.B. in den Neubaugebieten in Sickingmühle, in Hüls-Süd, am Loekamp-Gymansium und an der Herzlia-Allee), darf nicht weiter fortgesetzt werden. Das gleiche gilt für neue Flächenausweisungen für Industrie- und Gewerbebetriebe (z.B. die Saria-Erweiterung in Frentrop). Die Flächenerweiterung von Evonik (die sog. Westerweiterung) sollte der letzte große Eingriff in bestehende Grünbereiche sein. Die Begehrlichkeiten der Wirtschaftsförderung und der politischen Mehrheiten nach immer mehr Flächen müssen gestoppt werden, wenn unsere Stadt nicht immer unattraktiver werden soll.

Die Wählergemeinschaft Die Grünen wird nicht aufhören, bessere umweltschonende Standards im Baubereich zu fordern. Die Planung einer Klimaschutzsiedlung in Sinsen zugunsten traditioneller Bauformen aufzugeben, war ein Schritt in die falsche Richtung. Die Wählergemeinschaft Die Grünen wird auch weiterhin die Errichtung von emissionsschwachen oder emissionsfreien Energieanlagen (Windräder, Photovoltaik) in städtischer Regie fordern.

Für den Grünbereich sind Verbesserungen bei der Bepflanzung (heimische Pflanzen und Gehölze) sowie beim Ausbau der Vernetzung und bei der Zugänglichkeit für Freizeitnutzungen (Parks, Arenbergischer Forst, Matena) anzustreben.

Wir fordern:

- Umweltschutz als zentrales Thema von Politik und Verwaltung
- Förderung regenerativer Energien
- Erschließung von ortsnahen Freiräumen
- Einschränkung der ausufernden Flächenversiegelung

Kinder- und Jugendpolitik

Kinder und Jugendliche sind nicht nur unsere Zukunft, sondern sie sind vor allem unsere Gegenwart. Leider werden in unserer Gesellschaft die Bedürfnisse und Wünsche der Kinder zu wenig berücksichtigt. Seitdem die Wählergemeinschaft Die Grünen Marl im Rat der Stadt Marl vertreten ist, setzt sie sich besonders für die Interessen von Kindern und Jugendlichen ein (siehe Rettung der Familienbibliothek „Türmchen").
Da kaum noch Freiräume für Kinder vorhanden sind und die Kommerzialisierung der Freizeitangebote voranschreitet, ist es umso wichtiger, vorhandene nichtkommerzielle Freizeiteinrichtungen zu stützen und zu fördern, wie z. B. Häuser der offenen Tür, die Spieliothek und das Forsthaus Haidberg.
Kreativität und Fantasie sind zu fördern und die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen muss den gleichen Stellenwert haben wie andere städtische Aufgabenbereiche.

Wir fordern:

- Erweiterung der präventiven Maßnahmen und eine solide sowie ausreichende Finanzierung des Konzepts.

Präventions- und Handlungskonzept gegen Gewalt in Marl

Seit 2011 wird in Marl das „Präventions- und Handlungskonzept gegen Gewalt" erfolgreich durchgeführt. In diesem Netzwerk sozialer Institutionen gibt es fünf Arbeitsgruppen, die sich mit Themen wie frühe Hilfen (Marlekin) und Gewaltprävention sowie Mobbing beschäftigen.
Dieses Projekt mit bundesweiter Anerkennung hat eine besondere Wertschätzung durch die Verleihung des Landespreises für innere Sicherheit 2012 durch den Landesinnenminister NRW erfahren. Neben der Tätigkeit in Marler Schulen, Kindergärten und Jugendeinrichtungen, in denen es maßgeblich um Prävention und Aufklärung geht, sind ein weiterer wichtiger Schwerpunkt die Jugendschutzkontrollen, die gemeinsam von Jugendamt, Ordnungsamt und Polizei unter der Prämisse „Hilfe vor Strafe" vorgenommen werden. Das Ziel, durch Prävention und Kontrollen den Alkoholkonsum von Jugendlichen und die damit verbundenen Sachbeschädigungen und Körperverletzungen signifikant zu reduzieren, ist nachweislich erreicht worden.

Stadtteilprojekte

Sehr erfolgreich wurden vor einigen Jahren Stadtteilprojekte in verschiedenen Stadtteilen von Marl eingerichtet. Dort werden Beratungs- und Aufklärungsarbeit, Hilfe, Gesprächskreise und Treffmöglichkeiten in unmittelbarer Wohnungsnähe für Kinder und Jugendliche angeboten.

Freie Träger arbeiten gemeinsam mit städtischen MitarbeiterInnnen vor Ort, um die BürgerInnen mit einem niederschwelligen Angebot besser und schneller zu erreichen. Die Wählergemeinschaft Die Grünen hat immer wieder die besondere Wichtigkeit dieser Angebote betont und die präventive Arbeit auch als Möglichkeit der Haushaltsentlastung gesehen. Nach anfänglichem Widerstand der anderen Fraktionen, gestützt durch die Sparbeauftragten der Bezirksregierung, hat sich unsere Auffassung durchgesetzt. Wir erwarten, dass diese Angebote weiter besonders gefördert werden, da sie für die BürgerInnen in den Stadtteilen unverzichtbar sind.

Kindertagesstätten

Vorrangige Aufgabe und Hauptproblemfeld ist die Schaffung von Kindergartenplätzen. Obwohl die Verwaltung mit Unterstützung großer Teile der Politik sehr kreativ und zielorientiert an dieser Problematik arbeitet, fehlen immer noch viele Plätze für die Kinder im Vorschulalter. Die Wählergemeinschaft Die Grünen wird wie bisher alle Bestrebungen unterstützen, kurzfristig weitere Plätze zu schaffen. Allerdings darf dabei der Qualitätsstandard auch aus der Not heraus nicht unterschritten werden. Provisorien auf Kosten der frühkindlichen Erziehung sind keine Lösung. Wir unterstützen weiterhin die Forderung nach kostenfreien Kindergartenplätzen. Allerdings ist hier in erster Linie die Bundes- und Landespolitik gefordert.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Nach vielen Jahren erfolgreicher und intensiver Arbeit hat sich das Marler Jugendforum „JiM“ aufgelöst. Mit der Wiederbesetzung der Stelle einer Kinder- und Jugendbeauftragten werden auch neue Bemühungen gestartet, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf neue Beine zu stellen. Dabei unterstützt die Wählergemeinschaft Die Grünen jede Form der Mitwirkung der Betroffenen, die sie eigenständig entwickeln und auswählen.
Das Budget für Kinder und Jugendliche, verwaltet vom Jugendamt, muss bestehen bleiben. Die kompetente Arbeit des Fachamtes gemeinsam mit dem Fachausschuss hat sich bewährt.

Schulpolitik

Schulen sind keine „Lernfabriken" sondern Lebens-, Lern- und Erfahrungsräume – „Häuser des Lernens".

Soziale Fähigkeiten zu entwickeln, Verantwortung für andere und für die Umwelt zu übernehmen und die Fähigkeit, die Persönlichkeit zu entwickeln, sollen gefördert werden. Schule ist ein wesentlicher Bereich gesellschaftlichen und kommunalen Lebens, der einer breiten Unterstützung durch den Schulträger und die politisch Verantwortlichen bedarf.
Inzwischen wieder steigende Schülerzahlen, gesellschaftliche Ansprüche wie Inklusion, integrierte Schulformen, neue Schulstrukturen (z.B. die in einigen Städten schon eingerichtete Primus-Schule, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht, oder die Sekundarschule) und Digitalisierung sind für den Schulträger und die einzelnen Schulen Herausforderungen für eine Neugestaltung der Schullandschaft und des Schullebens.
Auch wenn die Rahmenbedingungen der Schulpolitik weitgehend durch Landesgesetze vorgegeben werden, so müssen nach unserer Auffassung alle kommunalen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um ein für alle Schülerinnen und Schüler optimales und gerechtes Schulsystem zu etablieren. Die frühe Zuordnung zu den weiterführenden Schulen nach dem vierten Schuljahr sowie die mangelnde Durchlässigkeit der verschiedenen Schulformen sind grundlegende Fehler im bestehenden Schulsystem. Sie behindern die Chancengleichheit und führen zu einer frühzeitigen und ungerechten Auslese.
Deshalb streben wir die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems an.
Für das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen (Inklusion) müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die diese pädagogisch dringliche Aufgabe ermöglichen und unterstützen z.B. in Form von zusätzlichen „SchulhelferInnen" im Schulalltag. Verbindliche Qualitätsstandards müssen eingehalten werden und den Eltern muss die Wahlfreiheit zum Besuch einer Förderschule durch ein entsprechendes Angebot an Schulen mit bestimmten Förderangeboten erhalten bleiben. Für alle Schülerinnen und Schüler müssen die Wahlmöglichkeit und die Durchlässigkeit des Schulsystems gewährleistet werden.

Die Einrichtung neuer Schulformen (mehr Bildungsgerechtigkeit und längeres gemeinsames Lernen) muss unterstützt werden. Mit der Einrichtung einer Sekundarschule (von der Wählergemeinschaft Die Grünen schon vor einigen Jahren beantragt und leider von den anderen Fraktionen abgelehnt) und mit der Teilnahme am Projekt Primus-Schule, in der alle Kinder von Klasse 1 bis Klasse 10 zusammen lernen, sollten endlich auch in Marl neue pädagogische Wege beschritten werden.
Zudem sollen dezentrale Schulstandorte erhalten bleiben. Nur durch eine ortsnahe Schulanbindung kann sich Schule dem Stadtteil öffnen. Infrastruktur und kom-

munale Beziehungen werden gestärkt, Identifikations- und Integrationsbemühungen erleichtert. Und nicht zuletzt werden Schulwege kürzer, elterliche Autofahrten verringert. Deshalb: Keine Konzentration der Schulen auf wenige Schulstandorte, sondern Erhaltung und Stärkung der einzelnen Stadtteilschulen!
Viele Marler Schülerinnen und Schüler kommen aus Familien mit Migrationshintergrund. Einige von ihnen wachsen in einem sozialen und medialen Umfeld auf, das sprachliche Defizite hervorbringt. Um qualifizierte schulische Abschlüsse zu erlangen, müssen diese herkunftsbedingten Nachteile von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ausgeglichen werden. Das muss bereits in der Vorschulzeit beginnen und durch zusätzliche, auch außerschulische Angebote und Hilfsmaßnahmen der Schulen unterstützt werden. Diese können in Zusammenarbeit mit unserer Volkshochschule oder anderen städtischen Einrichtungen als kostenfreier Nachhilfeunterricht und zusätzliche Lernförderung erfolgen.

Die Stadt Marl muss als Schulträger garantieren, dass alle Schulen so hergerichtet und ausgestattet werden, dass sie ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag uneingeschränkt nachkommen können. Mittel für Sanierung und Instandhaltung von Gebäuden, Sporthallen und Lehrschwimmbecken und für Lehr- und Lernmittel sind im benötigten Umfang zur Verfügung zu stellen.
Die Digitalisierung darf sich nicht auf die Ausrüstung der Schulen mit der neuesten Medientechnik reduzieren, sondern muss vor allem eine durch Fort- und Weiterbil-

Verleihung der "Sonnenblume 2017" (Preis für besondere ökologische Projekte in Marl) an die Aloysiusschule.

dung der LehrerInnen unterstützte Medienpädagogik im Auge haben, die die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler gewährleistet.
Von den Schulen initiierte Energiesparprojekte und andere ökologische Maßnahmen müssen unterstützt werden.
Bei den Schulsekretärinnen- und Hausmeisterstellen muss eine ausreichende Besetzung sichergestellt werden.
An Ganztagsschulen und bei schulischen Betreuungsangeboten über Mittag müssen die betroffenen Schülerinnen und Schüler mit ausgewogener, gesunder Verpflegung versorgt werden.
Die Wählergemeinschaft Die Grünen hat sich bisher in ihrer Schulpolitik immer an der bestmöglichen schulischen Ausbildung und der Chancengleichheit für alle SchülerInnen orientiert und wird das auch weiterhin tun.

Wir fordern:

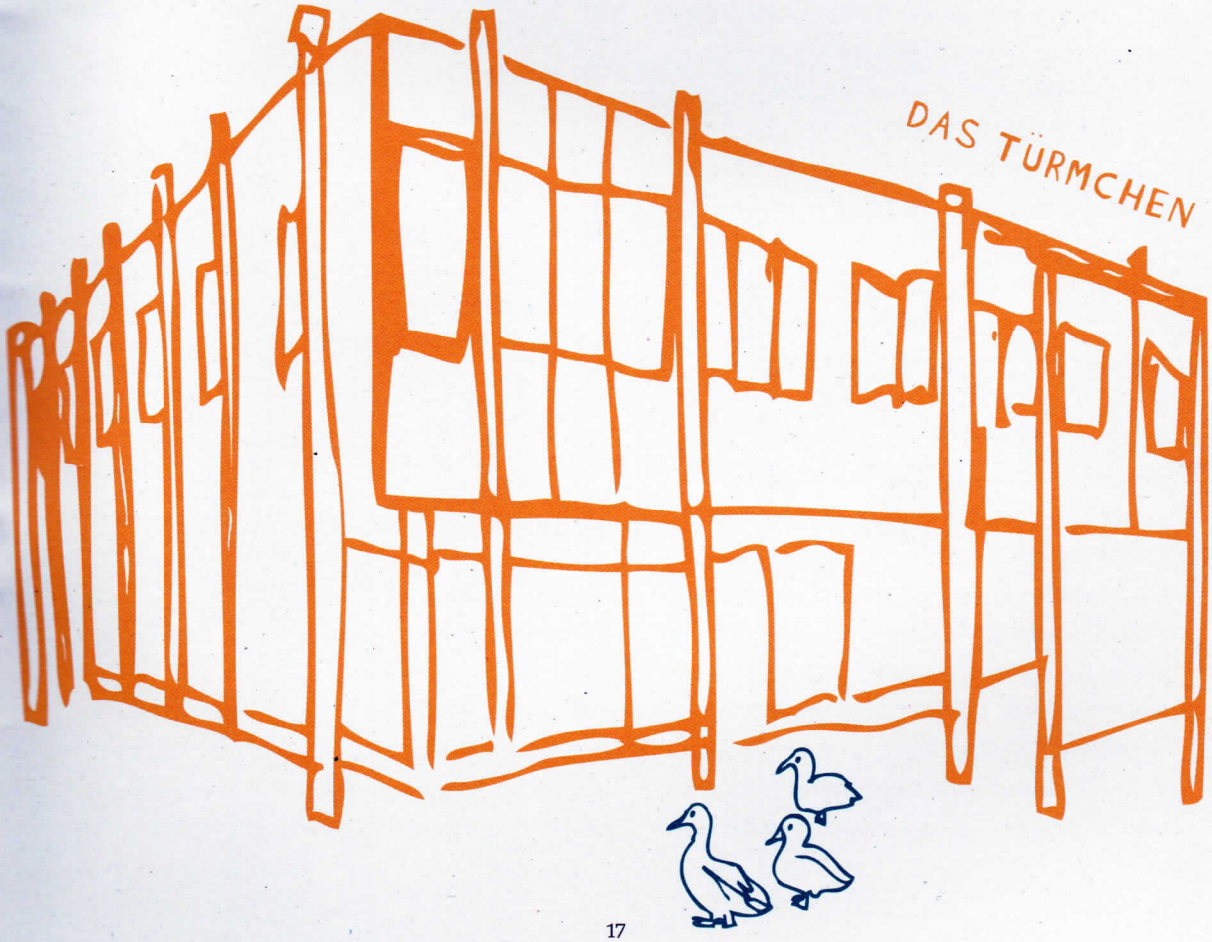
- Gute Rahmenbedingungen für die Durchführung der inklusiven Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen
- Wahlmöglichkeit und Durchlässigkeit des Schulsystems für alle Schülerinnen und Schüler auch nach einem Wechsel der Schulform
- Einrichtung neuer integrierter Schulformen zum längeren gemeinsamen Lernen (Primus-Schule, Sekundarschule)
- Erhalt dezentraler, stadtteilbezogener Schulstandorte
- Schulische und außerschulische Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zur Erlangung bestmöglicher Schulabschlüsse
- Optimale Ausstattung aller Schulen in Bezug auf Personal, Ganztagsbetreuung, Lehr- und Lernmittel und Gebäudeunterhaltung

Schulsozialarbeit

Die im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets an einigen Marler Grundschulen eingestellten SchulsozialarbeiterInnen unterstützen Eltern und Lehrer bei der Erstellung von Anträgen oder bei Behördenkontakten. Zusätzlich sind sie AnsprechpartnerInnen für die Schüler und Schülerinnen bei schulischen, sozialen oder sonstigen Problemen. Schulsozialarbeit ist zu einem unverzichtbaren Teil von Schule geworden. Deshalb muss an jeder Schule eine Stelle für SchulsozialarbeiterInnen geschaffen werden. Die Wählergemeinschaft Die Grünen Marl unterstützt alle Bemühungen, auch zukünftig eine Finanzierung durch den Bund bzw. das Land zu erreichen. Die Stadt Marl muss als Schulträger alles tun, um die Stellen langfristig zu sichern.

Wir fordern:

- Dauerhafte Ausstattung aller Schulen und Schulformen mit SchulsozialarbeiterInnen und ggf. die Übernahme der Stellen in den städtischen Stellenplan



Sozialpolitik

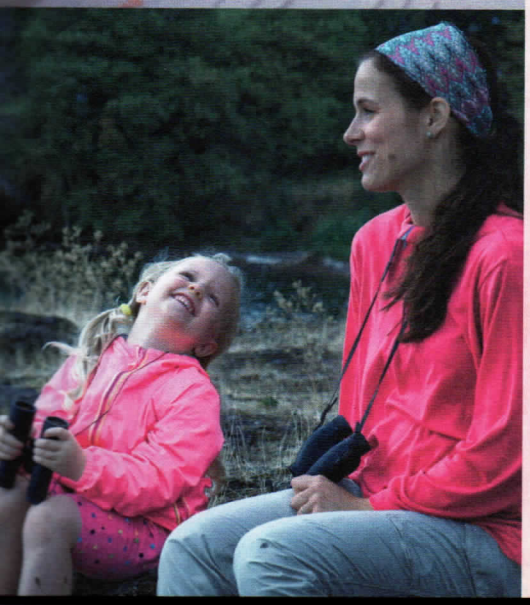
Marl als Stadt im nördlichen Ruhrgebiet gehört zu den Städten in Deutschland mit dem höchsten Armutsrisiko. Besonders kritisch sehen Sozialverbände die Armutsquote bei Kindern, die mit ca. 20 % deutlich über dem Durchschnitt der Bevölkerung liegt. Ein Armutsrisiko besitzt, wer mit weniger als 60% des durchschnittlichen Einkommens leben muss. Kinder und alte Menschen bedürfen besonderer Hilfe! Es besteht die Gefahr, dass soziale Ghettos entstehen.

Integration

Im Herbst 2015 kamen über eine Million Geflüchtete nach Deutschland, größtenteils aus Kriegsgebieten wie Syrien oder Afghanistan. Auch die Stadt Marl bekam über 1 000 Geflüchtete zugewiesen und stand vor der großen Herausforderung diese Menschen unterzubringen. Die Wählergemeinschaft Die Grünen forderte eine menschenwürdige Unterbringung und eine professionelle Betreuung durch Sozialarbeiter; ein Netz von ehrenamtlichen Bürgern konnte dieser Herausforderung nicht gerecht werden.
Auch haben wir wesentlich dazu beigetragen den Röttgershof zu schließen, eine große Sammelunterkunft am Rande der Stadt, die mehrfach durch unhaltbare hygienische Verhältnisse für Schlagzeilen sorgte. Integration kann nur gelingen, wenn Geflüchtete dezentral in Wohnungen untergebracht und betreut werden.
Im Jahr 2019 ist endlich unter Beteiligung von Fachleuten aus Wohlfahrtsverbänden und Experten der Sozialpolitik in mehreren Workshops ein Integrationskonzept erarbeitet worden, dass in wesentlichen Teilen noch auf seine Umsetzung wartet. Es soll als Leitlinie für die Frage dienen, wie wir zukünftig in unserer Stadtgesellschaft mit den Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern zusammenleben wollen. Durch diesen verstärkten Zuzug konnte der Trend des Bevölkerungsverlustes in Marl zum ersten Mal seit 20 Jahren gestoppt werden.
Kulturelle Vielfalt sehen wir als Bereicherung. Deshalb treten wir der Propaganda und dem Wirken rechtsorientierter Gruppierungen entgegen. Diese versuchen „Ausländer“ für Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft verantwortlich zu machen und sie auszugrenzen. In Marl hat sich ein Integrationsrat etabliert, in dem Politiker verschiedener Fraktionen und Einwanderer zusammenarbeiten. Es gilt Defizite im Umgang miteinander auszugleichen mit dem Ziel, den Menschen mit Migrationshintergrund eine verbesserte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in der Kommune zu ermöglichen. Die Wählergemeinschaft Die Grünen setzt sich dafür ein, den hier lebenden MigrantInnen das kommunale Wahlrecht zu geben.

Altenarbeit im Gemeinwesen

Bekanntlich werden die Menschen immer älter, der demographische Wandel vollzieht sich mit wachsender Dynamik. Viele ältere Menschen haben den Wunsch, auch im Alter am Heimatort bleiben zu können und die lokale Infrastruktur im Hinblick auf Einkaufsmöglichkeiten, ärztliche



Versorgung und kulturelle und sportliche Aktivitäten zu nutzen. Diese ist sicherzustellen durch den Bau von altengerechten Quartieren, die abgeschlossene Wohneinheiten und darüber hinaus Gemeinschaftseinrichtungen vorsehen. So soll ein Leben in guter Nachbarschaft auch mit jüngeren Familien praktiziert werden. In altengerechten Quartieren werden Beratung, Wohnraumanpassung, niedrigschwellige Angebote und professionelle Unterstützungsleistungen so verknüpft, dass immer die gewünschte Unterstützung erfolgt. Der Neubau weiterer kosten- und personalintensiver stationärer Einrichtungen wird so überflüssig.

Wir fordern:

- Planungssicherheit, verlässliche Unterstützung der freien Träger im sozialen Bereich
- Umsetzung des Konzepts „Altengerechte Quartiersentwicklung“
- Umsetzung des Integrationskonzepts
- Maßnahmen und Unterstützung für Kinder aus armen Familien

Frauenpolitik

Bei uns machen Frauen Politik für Frauen!

Trotz aller Fortschritte sind die Selbstbestimmung der Frauen und die gleichberechtigte Teilhabe am ökonomischen, sozialen und politischen Leben noch nicht erreicht. Deshalb bleibt die Herausforderung für die Wählergemeinschaft Die Grünen Marl, Chancengleichheit von Frauen und Männern in unserem Wirkungsbereich zu erzielen.

Für viele WählerInnen sind konsequenter Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und der Einsatz für Bürgerrechte von hoher Bedeutung. Gerade für die Frauen, die sich für ein Leben mit Kindern entschieden haben, ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eines der dringendsten Probleme. Zwar unterbrechen viele Frauen nach der Geburt eines Kindes ihre Erwerbstätigkeit, sie wollen aber meist nach kurzer Zeit wieder in ihren Beruf zurück. Weil Frauen häufig in der Familie oder als Alleinerziehende für die Kindererziehung und -betreuung verantwortlich sind, müssen Einrichtungen geschaffen bzw. erweitert werden, die diese Doppelbelastung „per Rollenzuweisung" erleichtern.

Die Frauenarbeitslosigkeit ist in Marl überdurchschnittlich hoch. Die Schaffung zusätzlicher Frauenarbeitsplätze muss daher eine vordringliche Aufgabe der Wirtschaftsförderung sein. Da sich auch immer mehr Frauen selbstständig machen, muss die kommunale Wirtschaftsförderung solche Initiativen unterstützen und entsprechende Beratungsangebote bereitstellen.

Ziel der Wählergemeinschaft Die Grünen Marl ist es, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen zu verwirklichen.

Zwar hat sich die Stadt Marl im Dezember 2013 mit der Unterzeichnung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene verpflichtet, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Gleichberechtigung zu fördern und innerhalb von zwei Jahren einen Gleichstellungsaktionsplan zu erstellen. Die konkrete Umsetzung lässt jedoch zu wünschen übrig. Noch immer werden städtische Mitarbeiterinnen schlechter behandelt als ihre männlichen Kollegen. Wir werden diese Tendenzen weiterhin beobachten und darauf drängen, eine konkrete Verbesserung in Marl zu erreichen und dafür sorgen, dass die Europäische Charta für Gleichstellung nicht nur auf dem Papier besteht.

Wir fordern:

- Mehr Frauen in Leitungspositionen der Stadtverwaltung
- Gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, d.h. unter anderem Wegfall der untersten „Frauenlohngruppen" für Raumpflegerinnen
- Rekommunalisierung des Reinigungsdienstes, da viele Reinigungsfirmen auf Kosten und zu Lasten der dort beschäftigten Frauen agieren (z.B. überhöhte Leistungsanforderungen stellen)
- Vergabe öffentlicher Aufträge vorrangig an Firmen mit hohem Frauenanteil
- Stärkere Unterstützung von Frauen bei Existenzgründungen
- Finanzielle und organisatorische Unterstützung von Selbsthilfeeinrichtungen für Frauen („Frauen helfen Frauen", Frauenhaus, Frauennotruf)
- Integration ausländischer Frauen (Migrantinnen) auf allen Ebenen
- Durchsetzung des Verbots frauenfeindlicher Werbung

Kulturpolitik

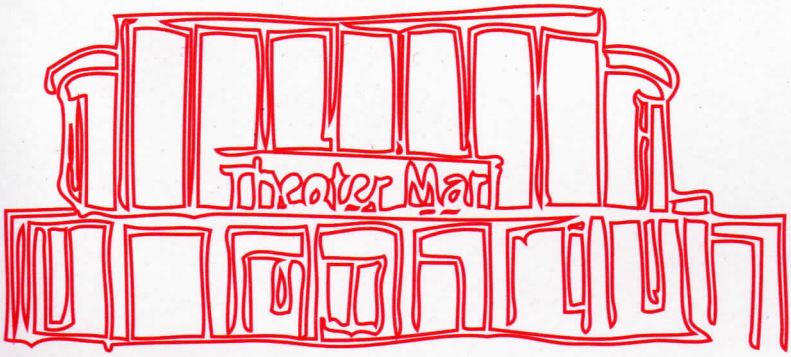
Das Ringen für Erhalt und Sanierung des Rathauses hat gezeigt, dass Marl reich ist an weithin anerkannten Gebäuden der „Ruhrmoderne“: Marl galt zu Zeiten von Bürgermeister Heiland in den 1950er bis 1970er Jahren dank weltweit namhafter Architekten und einer wissenschaftlich von der TU (West-)Berlin aus begründeten Stadt- und Grünflächen-Planung in der damaligen Bundesrepublik Deutschland als „Beispielstadt“. Dieser Ruf ist noch nicht ganz vergessen, sondern wurde z.B. 2017 bis 2018 durch beispielhafte Programme wie Skulptur Projekte Münster/Marl, die „Summer School“ und „Big Beautiful Buildings“ aktualisiert, was auch die Menschen in Marl begeistert hat. Von weither kommen oft Interessierte und bewundern die Scharounschule, die Hügelhäuser, das Rathaus, das Grimme-Institut als baukulturelle „Ikonen“, als Stadtmarken.
Der leider fast in Vergessenheit geratene Bürgermeister Heiland (keine Straße in Marl erinnert an ihn!) wusste das : „Diese und manche andere Tatsachen sind ein Beweis, dass in dieser Stadt Marl der Arbeit und der Arbeiter nicht nur Bauten emporwachsen, sondern dass die Einwohner teilhaben an den geistigen Problemen der Stadt, dass ihnen ihre Stadt und ihr Werden ein persönliches Anliegen ist. In diesem Geiste muss - so glauben wir in Marl - eine Großstadt der Zukunft geboren werden, um und mit dem Bewusstsein ihrer Bürger, die um alle Einzelheiten wissen, die sich keinen Baum nehmen lassen aus dem Grüngürtel, der ihre Stadt vor Rauch und Ruß (und Feinstaub, so ergänzen wir in 2020) des Ruhrgebiets schützen soll. Die leidenschaftlich mit diskutieren .... und die stolz darauf sind, wenn Besucher aus aller Welt Anteil nehmen...“(in: Heiland: „Wir bauen eine Stadt“ in Günter Marschall (Hrsg.):“Marl - Geburt einer Großstadt“ in der Reihe: „Deutsche Städte - heute und morgen“, ohne Jahr).
Zwischen solchen „Stadtmarken“ und weiteren markanten Punkten wie einzelne Hochhäuser, Schornsteine im Chemiepark und als Parks ausgebaute auffällige ehemalige Halden (sogenannte „Landmarken“) sollten Verbindungswege zu Fuß- und Radwegen entwickelt werden. Dazu braucht es viele weitere Informationstafeln, in Zusammenarbeit mit der Geschichtswerkstatt an der VHS „die insel“ und der Bürgerstiftung, damit Menschen aus Marl und von auswärts aufmerksam werden auf die reiche Geschichte Marls an der Lippe (übrigens schon seit den Zeiten der Kelten).
In Zeiten des Klimanotstandes sind Bäume an Straßen sowie Stadtwälder wie der Jahnwald für die Lebensqualität und für das kulturelle humane Klima unersetzbar.

Marl hat ein breites kulturelles und interkulturelles Angebot; aber es fehlt oft eine Vernetzung und Kooperation. Zu den festen Institutionen, deren Arbeit sich auf öffentliche Zuwendungen und hauptamtliche Mitarbeiter stützt, gehören neben dem Grimme-Institut das Skulpturenmuseum Glaskasten, das Theater Marl, die Volkshochschule, die „insel“ und die Musikschule. Es gibt in Marl aktive Kulturarbeit in Schulen, in Initiativen wie „Zukunft findet statt“ und in Vortragsreihen. Es gibt in Kirchengemeinden Chöre, kulturelle und musikalische Projekte, Lesungen und Konzerte, den sehr lebendigen Heimatverein

mit verschiedenen Standorten und das seit 2001 jährlich stattfindende Abrahamsfest, organisiert durch die Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft.
Die einzelnen Kultureinrichtungen müssen sich verstärkt als kulturelles Netzwerk verstehen; sie sollen dabei aufeinander Bezug nehmen und sich gegenseitig zuarbeiten.
Die Förderprogramme aller Art - staatlicherseits und aus Stiftungen – müssen in Anspruch genommen werden.
Insgesamt sind die Stellenpläne und Etats der kommunalen Kultureinrichtungen seit Jahren im Zuge der Haushaltskonsolidierung stark abgemagert. Dem Stellenabbau muss entschieden gegengesteuert werden.
Die Ausstattung der Musikschule und des Skulpturenmuseums braucht dringend mehr Förderung.
Als Wählergemeinschaft Die Grünen verpflichten wir uns, am Bestand und an der Weiterentwicklung Marls als Stadt der Kultur öffentlich und offensiv mitzuarbeiten.
Wir stehen dafür, dass Kultur alle Bevölkerungsgruppen umfassen muss, dazu gehören insbesondere die kulturschaffenden Frauen, die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen, die Menschen aus anderen Ländern, die in Marl leben und hier das Leben kulturell vielfältig bereichern.

Wir fordern:

- Neue Aufstockung von Stellenplänen und Etats nach Ende der Haushaltskonsolidierung
- Förderung der Vernetzung und Kooperation der Marler Kultureinrichtungen
- Förderung soziokultureller Aktivitäten
- Weiterentwicklung der Familienbibliothek „Türmchen“
- Weiterentwicklung der Volkshochschule „die insel“ – auch in Würdigung der Impulse des Gründers Bert Donnepp
- Entwicklung der Scharounschule samt der dort ansässigen Musikschule der Stadt Marl, Ausbau als musisch-kulturelles Zentrum basierend auf der (weltweit berühmten) Aula und weitere Kooperation mit der ebenfalls dort ansässigen Aloysius-Grundschule
- Weiterentwicklung des Skulpturenmuseums Glaskasten, insbesondere in Verbindung mit dem künftigen Hauptstandort „Marschall 66“
- Weiterentwicklung des Angebots des Theaters Marl
- Stärkere Verankerung des Grimme-Instituts ins Marler Kulturleben
- Weiterentwicklung der interkulturellen Initiativen und Programme wie die Projekte „Frieden in der Stadt“, „Marl hat keinen Platz für Rassismus“ und „Frieden der Kulturen, Religionen und Völker“
- Unterstützung des „Emscher-Lippe-Campus“ als einen attraktiven Hochschulstandort in Marl
- Erstellung und Umsetzung des Kulturkonzeptes



Sportpolitik

Sportvereine sind in Marl ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Lebens und BürgerInnen aller Altersgruppen sind in den Vereinen aktiv. Eine Vielzahl von Sportarten bereichert mit regelmäßigen Veranstaltungen das städtische Leben. Im Kinder- und Jugendbereich hat der Sport einen maßgeblichen Anteil an der Freizeitgestaltung. Die Vereine leisten dabei auch einen wichtigen Beitrag im Präventivbereich. In einer Stadt mit einem relativ hohen Migrantenanteil hat der Sport auch im Hinblick auf Integration große Bedeutung. Zahlreiche Sportler aller Nationalitäten sind in den Marler Sportvereinen gemeinsam aktiv.

Neben dem Vereinssport darf aber auch der privat betriebene Sport nicht unberücksichtigt bleiben. Dieser kann nur stattfinden, wenn im Stadtgebiet ausreichende Möglichkeiten für sportliche Betätigungen außerhalb und innerhalb der vorwiegend von Vereinen genutzten Anlagen vorhanden sind. So sollten die vorhandenen Sportflächen auch privaten Nutzern zur Verfügung stehen; die in der Stadt vorhandenen Wald- und Freizeitgebiete sollten für sportliche Betätigungen hergerichtet werden.

Wir fordern:

- Unterstützung der Vereine nach der Zahl der im Verein tätigen Kinder und Jugendlichen
- Erhalt und Aufbereitung der Freiflächen für Freizeitsportler
- Möglichkeiten für die Ausübung von Trendsportarten
- Unterstützung der Freibadinitiativen
- Öffnung der Schulhöfe zur sportlichen Nutzung
- Erhalt von Sportstätten mit wichtiger Funktion für den Stadtteil
- Erhalt des Jahnstadions als Spielstätte des Baseballclubs „Sly Dogs“ und für Zwecke des Schulsports
- Betreuung der Geflüchteten in Sportvereinen und Bereitstellung von Mitteln für Übungsleiter

LEGEA

Wählergemeinschaft Die Grünen Marl seit über 40 Jahren im Rat

Impressum

Johannes Westermann
www.wg-gruene-marl.de
Hülsstraße 30
45772 Marl
Tel: 02365-992654

Gestaltung & Satz:
Designcompagnon
Atelier für Design, Kommunikation und Kunst
Recklinghausen
www.desigcompagnon.de
contact@designcompagnon.de

Herstellung
Auflage: 250 Exemplare
Papier: Circleoffset white
Fotografien & Bildrechte: ©Wählergemeinschaft die Grünen

Mach Marl grüner, mach Marl stark!

Bee Happy

klimaneutral
natureOffice.com | DE-275-751807
gedruckt